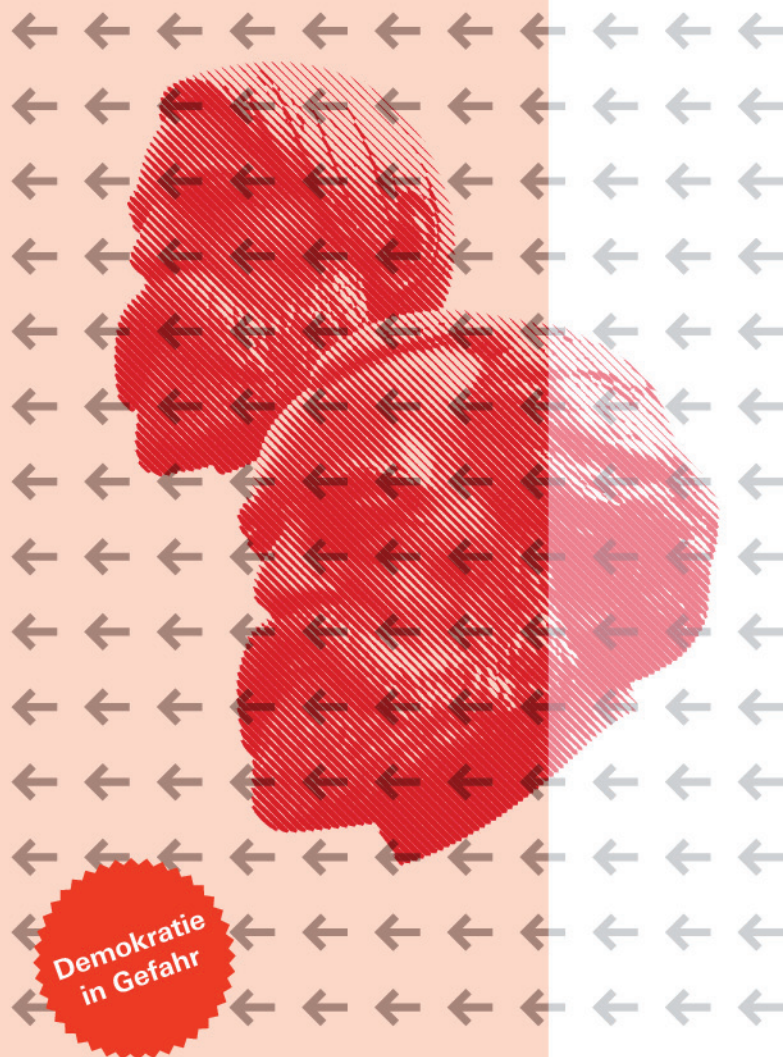




Linksextremismus



Demokratie
in Gefahr

Linksextremisten wollen die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen. Sie sehen in ihr einen von Rassismus und Faschismus geprägten kapitalistischen Staat. Je nach ideologischer Ausrichtung wollen Linksextremisten stattdessen eine sozialistische, kommunistische oder „herrschaftsfreie“ Gesellschaft etablieren. Ihr politisches Handeln orientiert sich an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologien.

Linksextremistische Organisationen verfolgen ihre politischen Ziele über den außerparlamentarischen Kampf, z.B. durch Bündnisarbeit und Einflussnahme auf soziale Bewegungen. Parlamente nutzen sie als Tribüne des Klassenkampfes.

Kommunistische Ideologien



Marxismus

Marxismus ist die bedeutendste Grundlage für das Denken von Linksextremisten; er geht auf die Lehren von *Karl Marx* (1818–1883) und *Friedrich Engels* (1820–1895) zurück. Nach der marxistischen Lehre bestimmen die wirtschaftlichen Verhältnisse das politische, geistige und kulturelle Leben. Sie hält *revolutionäre Klassenkämpfe* zur Überwindung der gegebenen und kritikwürdigen Verhältnisse für zwingend. Ziel ist eine *klassenlose Gesellschaft*. In einer neuen Gesellschaft sollen das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft und damit die Ausbeutung durch Kapitalisten beendet werden.

Marxismus-Leninismus

Unter *Wladimir I. Lenin* (1870–1924) wurde der Marxismus *Staatsdoktrin der Sowjetunion*. Er diente als Grundlage für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft und im Weiteren für den *internationalen Klassenkampf*.

Nach marxistisch-leninistischer Auffassung ist der *Sozialismus* die Vorstufe des *Kommunismus*. Sozialismus ist die erste Entwicklungsstufe einer neuen Gesellschaft, die dem Kapitalismus folgt. Kommunismus kann sich als ideale Form einer neuen Gesellschaft erst dann herausbilden, wenn die Entwicklungen im Sozialismus abgeschlossen sind. Der Marxismus-Leninismus unterstreicht vor allem die revolutionäre Seite. Geschichte wird als Abfolge von Revolutionen verstanden. Lenin ging vor allem davon aus, dass das Proletariat, also die Arbeiterklasse, nicht über das notwendige politisch-revolutionäre Bewusstsein verfügt. Dies müsse ihm eine revolutionäre Kaderpartei (*Avantgardeanspruch* der kommunistischen Partei) vermitteln.



Stalinismus

Josef W. Stalin (1878–1953) baute auf den Lehren Lenins auf. Er entwickelte die Idee der *Kommunistischen Internationale*: Die Sowjetunion als sozialistischer Staat übernimmt die Führungsrolle zur Durchsetzung eines internationalen Kommunismus. Dazu müssen sich sämtliche kommunistischen Parteien aller Länder den Interessen der Sowjetunion unterordnen.

Die „Verschärfung des Klassenkampfes“ wurde zur Legitimation von grausamen Repressionen und *stalinistischen Säuberungen*, deren Opfer ermordet oder in sowjetische Zwangsarbeitslager (Gulags) gebracht wurden.

Trotzkismus

Das auf *Leo Trotzki* (1879–1940) zurückgehende Modell des Sozialismus ist keine in sich geschlossene eigenständige Lehre, sondern eher eine Variante des Marxismus-Leninismus. Sie entstand vor allem aus der Opposition von Trotzki zu Stalin. Wesentliche Elemente sind die Theorie der *permanenten Revolution* als Gegensatz zur Bürokratie in der Sowjetunion und das Ziel einer „Diktatur des Proletariats“ in Form einer *Rätedemokratie* als Absage an die umfassende Vorrangstellung der kommunistischen Kaderpartei.

Maoismus

Unter der Führung von *Mao Tse-tung* (1893–1976) wurde in China nach dem kommunistischen Sieg 1949 der Marxismus-Leninismus unter Berücksichtigung der speziellen Bedingungen in China weiterentwickelt. Der Maoismus sieht insbesondere die ländliche Bevölkerung und die Entwicklungsländer als revolutionäre Zentren einer künftigen Weltrevolution. Die Ideen Maos waren Vorbild für große Teile der nach 1968 vor allem in Westeuropa entstandenen „Neuen Linken“.

Linksextremistische Parteien und Organisationen in Deutschland

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) gelten in Deutschland als revolutionär-marxistische Zusammenschlüsse. Auch extremistische Strukturen in der Partei „DIE LINKE.“ und Trotzlisten gehören dazu.



Charakteristisch für alle Linksextremisten in Deutschland ist ihre *antifaschistische*, *antirassistische* und *antiimperialistische* Grundhaltung. Für Faschismus, Rassismus und Imperialismus machen sie das

„bürgerlich-kapitalistische System“ verantwortlich. Zum Teil wenden sie Gewalt an und verüben Straftaten wie Sachbeschädigungen und Körperverletzungen (Autonome) – oder akzeptieren diese zumindest.

Klassische Aktionsfelder für Linksextremisten sind „Neonazismus/Faschismus“, „Antiimperialismus“, „Anti-Globalisierung“, „Anti-Kernkraft“, „Antimilitarismus“, „Antirassismus“, „Asyl- und Abschiebeproblematik“ und der Kampf gegen „Sozialabbau“.

Linksextremisten benutzen die gleichen Begriffe wie Demokraten, meinen aber etwas anderes.

Sie sagen	und meinen
Freiheit	die Zerstörung des Rechtsstaats
Antifaschismus	Gewalt gegen Menschen, die sie als „Faschisten“ bezeichnen
Gerechtigkeit	die Abschaffung des Rechts auf Eigentum
Demokratie	die geistige und politische Unterdrückung Andersdenkender
Gleichheit	die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte, vor allem in Beruf und Wirtschaft

Die Partei DIE LINKE.

Nach dem Zusammenbruch der DDR 1989 richtete sich die *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)* neu aus und benannte sich mehrfach um. Sie distanzierte sich von einigen Prinzipien des Marxismus-Leninismus – insbesondere der Führungsrolle einer Staatspartei – und nennt sich nach dem Beitritt der Partei *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Wahlalternative (WASG)* seit 2007 *DIE LINKE*. Sie ist keine homogene Organisation. Die Parteiführung ist zwar bemüht, sich als linksdemokratische Partei darzustellen. In der Partei gibt es jedoch Gruppierungen – so die *Kommunistische Plattform (KPF)*, das *Marxistische Forum (MF)* und das Netzwerk *marx21* –, die offen die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen. Auch Parteiprogramm, Erklärungen und Aussagen sind teilweise linksextremistisch geblieben. So werden die parlamentarische Demokratie und die freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung in Frage gestellt.


Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die DKP wurde 1968 gegründet. Als marxistisch-leninistische Partei sieht sie sich selbst als politische Nachfolgeorganisation der *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)*, die 1956 wegen ihrer Verfassungsfeindlichkeit verboten worden war. Die DKP ist die Kernorganisation des „orthodox-kommunistischen“ Linksextremismus. Zu DDR-Zeiten war sie das politische Sprachrohr der SED im Westen. Heute ist die DKP zu einer Kleinpartei geschrumpft.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die maoistisch-stalinistische MLPD ist aus der 1968er-Bewegung hervorgegangen und kämpft gegen eine Verfälschung des Marxismus-Leninismus durch traditionelle kommunistische Parteien. Im linksextremistischen Spektrum ist sie weitgehend isoliert.

Hoch die internationale Solidarität!



Die sozialistische Alternative

www.mlpd.de **MLPD**

Hotline: 0209 - 951 94 32

www.kommunisten.eu **DKP** www.dkp.de **info**
Deutsche Kommunistische Partei



Wir zahlen NICHT für eure Krise!
Für eine solidarische Gesellschaft!

Krisenfolgen und notwendige Alternativen:

Widerstand braucht das Land!

Für Arbeit, Frieden – echten Sozialismus!

MLPD

www.mlpd.de



NAZI AUFMÄRSCH STOPPEN

DIE LINKE.

Wir fordern den sofortigen und vollständigen Abbruch aller Nazimärsche und aller Nazidemonstrationen. Wir fordern die sofortige Verhaftung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Nazimärschen und Nazidemonstrationen. Wir fordern die sofortige Verhaftung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Nazimärschen und Nazidemonstrationen.

Gegen den Überwachungsstaat. Freiheit und Sozialismus. **DIE LINKE.**

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BAYERN

Demokratie schützen – Freiheit bewahren

Freiheit und Demokratie sind die Grundlagen unserer Gesellschaft. Extremisten versuchen, sie zu zerstören und zu beseitigen. Um die Freiheit zu bewahren und die Demokratie zu schützen, müssen wir Extremisten und ihre Ziele frühzeitig erkennen. Deshalb haben die Verfassungsschutzbehörden die Aufgabe, extremistische Bestrebungen zu beobachten und die Öffentlichkeit zu informieren.

Mit diesem Faltblatt aus der Faltblattreihe „Demokratie in Gefahr“ wollen wir auf extremistische Bestrebungen hinweisen, damit Sie Extremisten erkennen und ihnen eine eindeutige Absage erteilen können. Aktuelle Informationen insbesondere zu Organisationen, Gruppierungen und Parteien erhalten Sie jedes Jahr im Verfassungsschutzbericht Bayern.

Weitere Informationen erhalten Sie hier:

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Odeonsplatz 3, 80539 München
Stichwort: Verfassungsschutz

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ist telefonisch rund um die Uhr erreichbar unter der Nummer: 089/31 20 10

Beratungstelefon der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE): 089/21 92 21 92

Beratungs- und Hinweistelefon für Aussteiger: 0 18 02 00 07 86

www.innenministerium.bayern.de
www.verfassungsschutz.bayern.de

Impressum

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München
Druck: Bosch-Druck GmbH, Ergolding | Papier: Gedruckt auf PEFC-zertifiziertem Papier aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung | Stand: Dezember 2010